

Der Staatsrat setzt sich mit seiner Sicht der Opfersymmetrie durch

Der Grosse Rat hat dem Programm zur langfristigen Stabilität der **Pensionskasse** des Staatspersonals zugestimmt. Staat und Versicherte zahlen je die Hälfte.

URS HAENNI

Die Notwendigkeit für einen neuen Finanzierungsplan für die Pensionskasse des Staatspersonals stand zu keinem Zeitpunkt der gestrigen Grossratsdebatte infrage. Der Bund verlangt von einer öffentlichen Pensionskasse bis ins Jahr 2052 einen Deckungsgrad von 80 Prozent. Dazu ist zu berücksichtigen, dass die Bevölkerung immer älter wird und auf dem Kapital künftig eher eine Rendite von 3,25 statt 4,25 Prozent zu erwarten ist.

Der Vorstand der Pensionskasse hatte für eine solche langfristige Stabilisierung einen Plan ausgearbeitet (FN vom 9.5.), der Staatsrat arbeitete dazu einen Gesetzesentwurf aus und schickte diesen in die Vernehmlassung. Gestern hat nun der Grosse Rat diesen Gesetzesentwurf mit 78 gegen 1 Stimme genehmigt. Die Freiburger Pensionskasse kann so wie vom Bund verlangt vor Ende Jahr einen Sanierungsplan vorlegen; er soll 2017 in Kraft treten, wenn die geltenden Struktur- und Sparmassnahmen auslaufen.

Der Vorschlag basiert auf einer Opfersymmetrie, wie Kommissionspräsident Thomas Rauber (CVP, Tafers) und Staatsrat Georges Godel (CVP) betonten: Die Arbeitgeber – neben dem Kanton auch Gemeinden – und die Versicherten teilen sich die Finanzierungslücke von jährlich 42 Mil-



Finanzdirektor Georges Godel hörte sich die Forderung der Linken an, beharrte aber auf dem Entwurf des Staatsrats. Bild Corinne Aeberhard

lionen Franken hälftig auf. Bei den Versicherten tragen aktiven Beitragszahler und Rentenbezüger auch je die Hälfte.

Doch genau diese Opfersymmetrie wurde von der Ratslinken bestritten. Unter dem bisherigen Modell zahlen nämlich die Arbeitgeber 57,8 Prozent und die Arbeitnehmer 42,2 Prozent. Eine echte Opfersymmetrie würde sich nach diesem Verteiler richten, meinte Solange Berset (SP, Belfaux). Gaëtan Emonet (SP, Remaufens) sagte, das Personal solle keine Geschenke mehr an den Staat machen: «Das ist der letzte Moment, zu geringen Kosten eine positive Geste an das Staatspersonal zu machen.» Entspre-

chend reichten Berset und Emonet einen Abänderungsantrag ein, welcher die bisherige Verteilung zwischen Staat und Versicherten zementieren sollte. Diesen Antrag lehnte der Grosse Rat aber mit 64 gegen 31 Stimmen ab.

Staatsrat Godel meinte, die Angestellten kämen besser weg, weil sie ja nur 25 Prozent der Sanierungssumme zahlen müssten. Die anderen 25 Prozent, welche die Rentenbezüger beitragen, kommen in Form einer Obergrenze der Teuerung von 0,54 Prozent zustande. Gemäss Godel müssten diese also bei der aktuellen Teuerung gar keine Opfer bringen.

Pensionskasse: Noch nicht reif für Systemwechsel

Trotz klarer Zustimmung für die neue Finanzierung der Staats-Pensionskasse: Einigen Grossräten ging sie zu wenig weit. Fritz Glauser (FDP, Châtonnaye) regte an, wie Private eine Deckung von 100 Prozent anzustreben und mit 3 statt 3,25 Prozent Rendite zu rechnen. Er forderte auch, vom Leistungsprimat auf ein Beitragsprimat zu wechseln. Emanuel Waeber (SVP, St. Antoni) sagte, in der Schweiz hätten 2200 Pensionskassen ein flexibles Beitragsprimat

und nur 200 ein starres Beitragsprimat. Didier Castella (FDP, Pringy) meinte, ohne Systemwechsel nehme man nur ein «Reförmlein» vor. Thomas Rauber sagte, die Kommission habe dies diskutiert. Man müsse die Idee eingehend prüfen. «Je später wir wechseln, umso teurer wird es.» Staatsrat Godel schloss eine solche Prüfung nicht aus, wies aber darauf hin, dass die Pensionskasse nicht auf einem reinen Leistungsprimat basiere, sondern sich am Karrieresalär orientiere. *uh*

Poya-Planung ist gut angelaufen

Der Stand der Planung zur künftigen Nutzung des Freiburger Kasernenareals sorgt im Grossen Rat für Zufriedenheit und regt zum Träumen an.

FREIBURG «Vergnügen» – dies bereitet die Entwicklung der künftigen Nutzung des Poya-Areals sowohl Grossrat Daniel Gander (SVP, Freiburg) als auch Pierre-Alain Clément (SP, Freiburg). Ein Vergnügen ist es für Gander, weil bereits eine Strategie erarbeitet und ein Komitee auf die Beine gestellt wurde, um ein Projekt und ein Budget auszuarbeiten. Für Clément ist es ein Vergnügen, weil Stadt und Kanton die Planung gemeinsam in Angriff nehmen.

Der Staatsrat hatte gleichzeitig auf eine Anfrage der Freiburger SP-Grossrätinnen Andrea Burgener und Giovanna Garghentini sowie auf ein Postulat von Daniel Gander und Charles Brönnimann (SVP, Onnens) geantwortet.

Im Bericht hat der Staatsrat orientiert, dass eine Arbeitsgruppe mit vier Mitgliedern des Staatsrats und drei Mitgliedern des Gemeinderats gegründet wurde. Die künftige Nutzung der Kaserne und des Poyaparks richtet sich nach der Ortsplanung der Stadt, wie Staatsrat Erwin Jutzet (SP) sagte. Er freute sich über das Interesse des Grossen Rates und nahm mehrere Ideen entgegen.

So regte André Schoenenweid (CVP, Bürglen) an, ein Öko-Quartier zu planen. Für ihn ist es wichtig, dass an diesem günstigen Standort Wohnungen geplant sind. Verwaltungsbüros würde er lieber im Bereich Chamblieux mit einer Autobahnüberdachung sehen. Laurent Thévoz (Grüne, Freiburg) regte an, das Poya-Areal zu einem Testfeld für Smart Living Lab zu machen; Christian Ducotterd (CVP, Grolley) mahnte, das Projekt eines Hallenbads nicht zu vergessen. *uh*

Steuerabzug gefordert für Pflege zu Hause

Das Freiburger Parlament ist gewillt, Entschädigungen für Pflege zu Hause von den Steuern zu befreien. Auch wenn Bundesbern noch nicht so weit ist.

FREIBURG Feuerwehrleute können bis zu 9000 Franken Sold von den Steuern abziehen. Dies hatte der Grosse Rat noch im Verlauf dieser Woche entschieden. Was für Feuerwehrleute gilt, sollte auch für Personen möglich sein, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Dieser Ansicht ist eine überwiegende Mehrheit des Grossen Rates, der einen entsprechenden Auftrag an den Staatsrat für erheblich erklärte.

«Die Pflegenden zu Hause ersparen dem Staat sehr viel Geld, und sie setzen dabei wie die Feuerwehrleute ihre Gesundheit aufs Spiel», sagte Giovanna Garghentini (SP, Freiburg), welche den Auftrag mit neun anderen Grossräten eingereicht hatte.

André Schneuwly (Freie Wähler, Düdingen) erinnerte

daran, dass derart Pflegenden eine Tagesentschädigung von lediglich 25 Franken erhalten, also noch weniger als Feuerwehrleute. Gegen das Anliegen richtete sich Antoinette de Weck (FDP, Freiburg). Wie sie meinte, lasse sich Feuerwehrdienst und Pflege zu Hause nicht vergleichen: «Die Feuerwehr leistet ihren Einsatz für die gesamte Bevölkerung.» Vor allem sei der Auftrag illegal, weil er der Bundesgesetzgebung widerspreche.

Vorstoss in Bern

Auch Staatsrat Georges Godel wies darauf hin, dass die Steuerbefreiung aufgrund einer Motion von SP-Nationalrat Jean-François Steiert im Bundesparlament geprüft werde. Freiburg wolle erst das Bundesgesetz abwarten. Doch der Grosse Rat entschied in einer ersten Abstimmung mit 71 gegen 15 Stimmen, dass der Auftrag zulässig ist. Dann erklärte er ihn mit 74 gegen 13 Stimmen für erheblich. Der Staatsrat muss diesem innert eines Jahres Folge leisten. *uh*

Der Grosse Rat legt das Papier beiseite

Entschlossen mit 80 gegen 2 Stimmen hat der Grosse Rat entschieden, dass er in Zukunft papierlos werden will. Er orientiert sich dabei am Kanton Wallis. Zwingen will er allerdings keines seiner Mitglieder.

URS HAENNI

FREIBURG David Bonny (SP, Prez-vers-Noréaz), Vize-Präsident des Grossen Rates, holte unter seinem Pult vier volle Bundesordner und einen rund 30 Zentimeter hohen Stapel Papier hervor, um aufzuzeigen, wie viel Papier er im Ratsbetrieb 2013 erhalten hatte. Daraus lässt sich ermassen, wie viel Papier für die 110 Ratsmitglieder im Verlaufe eines Jahres anfällt.

Ab 2017 soll damit Schluss sein. Das Parlament stimmt nämlich mit 80 gegen 2 Stimmen zu, auf einen papierlosen Ratsbetrieb umzustellen. Eine Motion von David Bonny und Benjamin Gasser (SP, Villarsur-Glâne) sowie eine Volksmotion der Jungen FDP hatten zu diesem Schritt angeregt. Albert Lambelet (CVP, Corminboeuf) schlug im Namen des Büros vor, dem Vorschlag zuzustimmen.

Als Vorbild nannte Lambelet das Parlament des Kantons Wallis, welches 2013 den papierlosen Betrieb eingeführt



Im Grossen Rat (Bild Yvonne Stempfel) sammelt sich im Verlauf eines Jahres viel Papier an.

Bild Corinne Aeberhard/a

hatte. Dort habe sich das System bestens bewährt.

Markus Ith (FDP, Murten) gratulierte den Initianten zu ihrer Idee: «Das Parlament will doch nicht einen Schritt hinter dem Staatsrat zurück sein.» Die Freiburger Regierung hatte im Herbst 2013 das Papier beiseitegelegt.

Bonny schätzt, dass pro Legislatur 250 000 bis 300 000

Franken eingespart werden können, wenn nicht mehr alles ausgedruckt und verschickt wird. Seiner Ansicht nach muss aber ein Grossrat pro Jahr einen Pauschalbetrag von 500 Franken für seine elektronische Infrastruktur erhalten. Dies gilt allerdings nur für jene Grossräte, die wirklich aufs Papier verzichten. Denn Bonny stellte klar: «Ausnahmen

müssen natürlich möglich sein.» Claude Chassot (MLCSP, Villarsel-le-Gibloux) verwies dabei auf seinen Sitznachbarn Louis Duc (unabhängig, Forel), der die Umstellung wohl nicht mehr mitmacht.

Simon Bischof (SP, Ursy), von Beruf Webmaster, rechnete vor, dass Papier ökonomischer ist als ein digitales Format, wenn man mehr als drei Minuten an einer Seite liest. Er zeigt sich aber überzeugt, dass sich das Verhältnis je länger, je mehr zugunsten des Digitalen verschiebt. Christian Ducotterd (CVP, Grolley) wollte wissen, ob eine Einführung statt 2017 bereits 2016 möglich sei. Lambelet entgegnete, es brauche diese Zeit, um das System auch sicher zu machen.

Der Rat hatte zuvor einen Antrag angelehnt, die Redezeit pro Grossrat jeweils auf dem Bildschirm einzublenden. Nach Annahme des digitalen Betriebs kam dann die Anregung, man möge die Redezeit doch in die künftige Software einbauen.